Abarbeitung der Festlegungen des Protokolls vom 13.04.2010

TOP 11.1 Haushaltsplan 2010 / Haushaltssicherungsmaßnahmen - Überarbeitung der Kindertagesstätten-Satzungen / Sachstand 04/10 Vorlage: IV-0027/2010

Anregung Herr Lange:

Herr Lange bittet um Prüfung durch die Verwaltung ob es möglich ist, die Wohnbauförderung zu senken um die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung geringer zu halten.

Die Mitglieder des FA Finanzen befürworten einheitliche Beiträge für einheitlichen qualitativen Standard.

Stellungnahme zu den Anregungen:

1. Die Möglichkeit, die Wohnbauförderung zu senken um die Elternbeiträge geringer zu halten, wird nicht in Betracht gezogen. Die Elternbeiträge für Kinderbetreuung richten sich nach den entsprechenden Aufwendungen und nicht nach der Wohnbauförderung.

2. Der Befürwortung hinsichtlich einheitlicher Beiträge wird gefolgt.

Kindertagesstätten sind nach dem SGB VIII öffentlich geförderte und zugleich gebührenfinanzierte Einrichtungen.

Das Gebührenniveau in den Kindereinrichtungen schwankt zwischen 90,00 und 143,00 € für einen Volltagsplatz.

Durch die Verwaltung wird für jede Einrichtung zZ eine Kostenberechnung durchgeführt.

Danach wird das Zahlenmaterial den politischen Gremien der Gemeinde bis November 2010 vorgestellt. Mit der Zielstellung gleicher Elternbeitrag für alle Einrichtungen ab 01.01.2011.

TOP 11.3 Haushaltsplan 2010 / Haushaltssicherungsmaßnahmen - Erhebung einer Nutzungsgebühr für die gemeindlichen Bibliotheken (Meitzendorf, Ebendorf, Barleben) Vorlage: IV-0030/2010

Herr Lange bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht sozial schwache Bürger von der Zahlung der Gebühren zu befreien.

Die Mitglieder des FA Finanzen sprechen sich dafür aus, von Schülern und Kindern Beiträge zu fordern, die unter denen für Erwachsene liegen.

Stellungnahme zur Anregung

Der Anregung sozial schwache Bürger von der Zahlung der Gebühren zu befreien, wurde im Hauptausschuss nicht entsprochen.

Der Anregung von Schülern und Kindern Beiträge zu fordern, die unter denen für Erwachsene liegen, wird nachgekommen.

**TOP 11.4 Haushaltsplan 2010 / Haushaltssicherungsmaßnahmen - Senkung der
Wohnbau-/ Wohnraumförderung / Sachstand 04/10
Vorlage: IV-0031/2010**

Antrag Herr Dr. Appenrodt:

Über die Art und Weise und die Höhe der Wohnraumförderung sollte für die kommenden Jahre nachgedacht werden.

Stellungnahme zum Antrag

Diesbezüglich erfolgte bereits in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Finanzausschuss am 10.12.2009 eine Diskussion und Abstimmung.

Hierzu der Auszug aus dem Protokoll dieser Sitzung:

TOP 5 Haushaltssatzung der Gemeinde Barleben für das Jahr 2010
Vorlage: BV-0185/2009

- 1. Weiterzahlung des Baugeldes.
- Hierzu folgt eine Diskussion.
- Folgendes wird zur Abstimmung gestellt: Das Baugeld ist, wie bisher eingeplant, bis zum Nachtragshaushalt weiterzuzahlen. Die Verwaltung möge prüfen, ob es durch andere Maßnahmen (Vorschläge Herr Dr. Kersten) ersetzt werden kann (z.B. über Bürgschaften, Energiesparmaßnahmen).
- Finanzausschuss: 5 Ja, 1 Enthaltung = angenommen
- Hauptausschuss: 6 Ja, 1 Enthaltung = angenommen

Derzeit wird noch geprüft, welche Möglichkeiten einer neuen Ausgestaltung der zukünftigen Satzungen in Betracht kommen können. Über das Ergebnis wird im Rahmen einer Informationsvorlage zur Beratung des Nachtragshaushaltes 2010 informiert.

**TOP 11.5 Haushaltsplan 2010 / Haushaltssicherungsmaßnahmen - Erarbeitung
einer Satzung zur Umlage der Beiträge an den Unterhaltungsverband
"Untere Ohre"
Vorlage: IV-0034/2010**

Antrag Herr Dr. Kersten:

Es sollte eine Aufstellung der Kosten (Schätzung) erarbeitet werden, die bei Erhebung der Beiträge für die Verwaltung entstehen würden.

Stehen diese im Verhältnis zu den zu erwarteten Beiträgen?

Herr Dr. Appenrodt stellt den Antrag wortgleich zur Abstimmung.

Stellungnahme zum Antrag

Es entstehen Kosten aus dem Verwaltungsaufwand:

- Erarbeitung und Beschlussfassung der Satzung
- Erfassung aller grundsteuerpflichtigen Grundstücke
(Die von der Grundsteuer befreiten Grundstücke haben auch keine Unterhaltungsbeiträge zu leisten)

Die Erhebung der umzulegenden Beiträge könnte gemeinsam mit der Veranlagung der Grundsteuer auf einen Bescheid erfolgen, wobei die Abgabearten getrennt werden. Dadurch entfallen zusätzliche Papier- und Portokosten.

**TOP 12 Information über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Barleben im Jahr 2009
Vorlage: IV-0016/2010**

Herr Lange stellt den Antrag zu den Straßenausbaubeiträgen eine Übersicht zu erhalten gemäß seiner eingereichten Anfrage.

Die Fragen von Herrn Lange zum Bereich Steuern wurden in der Sitzung beantwortet. Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme zur Anregung

Die Anfrage von Herrn Lange hat der Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung am 22.04.2010 mündlich beantwortet.

**TOP 14 Sachstand Beantragung Fördermittel für den Breitbandausbau in der Gemeinde Barleben
Vorlage: IV-0117/2009**

Herr Dr. Appenrodt stellt die Frage ob es mit Frau Studte spezielle Vertragregelungen oder objektbezogenen Verträge gibt, da sie hier sogar als Mitarbeiterin des BOA bezeichnet wird. Bekommt Frau Studte monatlich einen festen Betrag oder nur dann, wenn sie projektbezogen tätig ist? Welche Projekte sind dies?

Herr Meseberg sichert eine Beantwortung zu.

Stellungnahme zur Anfrage

Frau Studte ist keine Mitarbeiterin der Gemeindeverwaltung. Sie steht in keinem Angestelltenverhältnis.

Frau Studte unterstützt seit mehreren Jahren als Ing.Büro die Gemeinde Barleben bei der Umsetzung von Straßen- und anderen Bauvorhaben in dem Rahmen, den das Fachamt durch seine Mitarbeiter im Anstellungsverhältnis aufgrund der Vielzahl der Vorhaben nicht absichern kann.

Dazu ist Frau Studte auf Honorarbasis vertraglich gebunden. Die Verträge beinhalten bestimmte Vorhaben. Beispielsweise Breiteweg, Bahnhofstraße, Agrarstraße usw. Die dabei zu erbringenden Leistungen sind denen eines zuständigen Angestellten gleichzusetzen.

Bis zum 31.01.2010 beinhaltete der wöchentliche Stundenumfang 40 h.

Mit Wirkung vom 01.02.2010 wurde der maximale Stundenumfang auf 30 h pro Woche reduziert. Dies war die Anpassung an den reduzierten Umfang der Bauvorhaben.

Die Abrechnung erfolgt entsprechend HOHI auf Stundenbasis aufgrund vorzulegender Stundennachweise.

**TOP 18.1 Ergänzung der Schuldübernahmevereinbarung mit der Deutschen
Kreditbank zugunsten der Ecole Stiftung
Vorlage: BV-0043/2010**

Die BV 0043/2010 wird im FA Finanzen als Informationsvorlage behandelt, da zur Beschlussfassung nicht alle Ausschussmitglieder anwesend waren.

Hinweis Herr Dr. Kersten:

Der Sachverhalt in der Zeile 3 der Verwaltungsbegründung Seite 2 entspricht nicht den Tatsachen. Er bittet dies zu beachten.

Stellungnahme zum Hinweis:

Dem Hinweis des Herrn Dr. Kersten wird widersprochen. Die Begründung im Sachverhalt steht im Zusammenhang mit dem Beschlusstext und dieser mit der Schuldübernahmevereinbarung. Daraus ergibt sich, dass die Zahlungspflicht erst nach Leistungsstörung eintritt.